

POSTEINGANG

Zum Bericht „Erhöhung von Hartz IV kostet 10 Mrd. Euro“, FTD vom 3. September

Märchen Vollbeschäftigung

Deutschland ist nicht auf dem Weg in Richtung Vollbeschäftigung, solange mehr als 5,7 Millionen Menschen ohne Arbeit sind. Ein-Euro-Jobs sind kein Arbeitsplatz und deshalb kein Indiz für Vollbeschäftigung. Dies gilt ebenso für ABM-Programme. Freilich können wir die Definition von Arbeitslosigkeit durch die Politik noch weiter eingrenzen lassen – nur das Problem der fehlenden Binnennachfrage und der drohenden Altersarmut ändert sich dadurch nicht. Die gleiche Politik, die uns heute erklärt, wir müssen die Schulden abbauen (was richtig ist), hinterlässt der nächsten Generation einen Schuldenberg in Form von Transferzahlungen für Millionen von Rentnern und Pensionsverpflichtungen für Beamte. Und das ohne adäquate Rückstellungen in den Haushalten.

Eugen Birk, Essen

Zur Kolumne „Auswüchse der Angebotspolitik“ von Lucas Zeise, FTD vom 2. September

Jobboom dank Hartz

Den gravierendsten Effekt der moderaten Angebotspolitik unterschlägt der Kolumnist schlankweg: den beeindruckenden Abbau der Arbeitslosigkeit seit Einleitung der Hartz-Reformen. Nie zuvor hat ein Aufschwung die Sockelarbeitslosigkeit, die im Wesentlichen die Langzeitarbeitslosen darstellt, derart drastisch verringern können. Der Autor mag es nicht hören, aber die von ihm geforderte Nachfragepolitik lässt sich nur mit dem alten Diktum kontern: „Try pushing a rope!“ Nachfrage kann man nur kurzfristig manipulieren, wirksam auf ein höheres Niveau gelangt sie über ein verbessertes Zusammenspiel der Produktionsfaktoren.

Marcus Bitterlich, Saarbrücken

Gesättigter Markt

Die Gründe für unsere schwächelnde Inlandsnachfrage sind andere als die, die der Autor nennt. Zum einen kann ein gesättigter Markt einfach nicht mehr so stark wachsen – oder sollen wir noch mehr Fleisch essen und noch mehr Fernsehgeräte zu Hause aufstellen? Solange es keine Innovation gibt, wird auch nicht mehr viel zusätzlicher Konsum erreichbar sein.

Ich bin wahrlich kein Fan der SPD – und war nie ein Schröder-Fan. Aber ich habe riesigen Respekt vor der Leistung des Ex-Kanzlers. Schröder hat mit seiner Reform-

Agenda 2010 das Fundament für den größten Arbeitslosenabbau aller Zeiten gelegt. Und die SPD verliert nur so gewaltig, weil sie nicht mehr zu diesem Erfolg steht. Es mag zwar sein, dass sie auch einige Anhänger dauerhaft verloren hätte, wenn sie sich zu ihrer früheren Regierungspolitik bekennen würde. Aber sie hätte wohl ein Vielfaches an Wählern aus der Mitte gewonnen. Die SPD hat nach Schröders Abgang mit ihrer erfolgreichen Politik gebrochen. Genau deshalb zerbricht und zerbröckelt sie jetzt.

Michael Halbig, Wollerau/Schweiz

Zur Berichterstattung der FTD über den neuen Google-Browser

Chrome ist ein Flop

Der neue Browser von Google ist schön und gut – aber Millionen von Windows-2000-Nutzern gucken bei Chrome in die Röhre, weil es den Browser nur für Windows XP und Vista gibt. Die Konkurrenzprodukte Opera 9.5 und Firefox 3.0 sind dagegen auch für Windows 2000 anwendbar. Für mich ist Chrome deshalb ein Flop.

Dr. Joop Koster, Nyon/Schweiz

Zum Bericht „Dell bricht der Gewinn weg“ zur Flaute in der Hightech-Branche, FTD.de vom 29. August

Falsches Horrorszenario

Wenn man alle Ergebnisse der Hightech-Unternehmen der abgelaufenen Berichtsperiode im Schnitt betrachtet, ergibt sich ein relativ positives Bild und keineswegs das Horrorszenario, das immer wieder an die Wand gemalt wird. Dass die Weltwirtschaft derzeit einen Abschwung verzeichnet, ist nach den vergangenen Jahren eines steilen Aufschwungs ganz normal und gesund.

Es ist aber offenbar für viele nicht einfach, mit dieser Normalität zu leben – am allerwenigsten für die Medien und die Analysten. Letztere liegen bei ihren Analysen häufig daneben, was allerdings nicht verwundern kann. Wären die Einschätzungen der Analysten zutreffend, würde es auch ihren Dienstgebern besser gehen. Die meisten Analysten waren ganz offenkundig nicht einmal in der Lage, die eigene Situation richtig zu bewerten.

Kurt Minich, Linz/Österreich

LESERBRIEFE

Die abgedruckten Leserbriefe geben ausschließlich die Meinung der Einsender wieder. Zuschriften ohne vollständige Angabe des Absenders werden nicht veröffentlicht. Wir behalten uns das Recht auf Kürzungen vor. Bitte nutzen Sie folgende Adressen: leserbriefe@ftd.de, per Fax: 040/319 90-337 oder per Post: Brieffach 02, 20444 Hamburg, Kennwort: Leserbriefe.



ZITAT DES TAGES

„Die Aktivitäten Russlands lassen große Zweifel an seinen Absichten aufkommen und an seiner Verlässlichkeit als internationaler Partner“

Dick Cheney, US-Vizepräsident, bei einem Besuch in der georgischen Hauptstadt Tiflis

IMPRESSUM

Die Financial Times Deutschland ist überregionales Pflichtblatt aller acht deutschen Wertpapierbörsen

**Chefredakteur:** Steffen Klusmann  
**Stellvertretende Chefredakteure:** Sven Clausen, Stefan Weigel

**Geschäftsführende Redakteurin:** Isabelle Arnold

**Chefin vom Dienst:** Cosima Jäckel

**Cheflayouter:** Dominik Arndt, Carsten Lüdemann

**Bildchef:** Peter Raffelt

**Infografikchef:** Andreas Mohrmann

**Redaktion:** Guido Warlimont (verantwortl.), Jörn Paterak (Stv.), Jenny Genger (Industrie/Dienstleistungen), Matthias Lambrecht (Reports)

**Redaktion Politik:** Andreas Theysen (verantwortl.), Peter Ehrlich (Chefkorrespondent), Dr. Arne Delfs (Deutsche Politik), Ines Zöttl (Ausland), Wolfgang Proissl (Europapolitik)

**Redaktion Finanzen:** Tim Bartz, Ina Lockhart (verantwortl.), Jörg Berens (Das Kapital), Christina Rathmann (Finanzmärkte)

**Redaktion Agenda:** Dr. Nikolaus Förster (verantwortl.), Christian Baulig (Stv.), Horst von Buttler (Agenda), Christian Schütte (Kommentar), David Schumacher (Lifestyle)

**Redaktion Electronic Media:** Dr. Anton Notz (verantwortl.), Joachim Dreykluff (Nachrichten), Martin Virtel (Multimedia)

**Chefökonom:** Thomas Fricke

**Beilagen:** Volker Bornmann

**Lektorat:** Astrid Froese

**Übersetzungen:** Matthias Schulz

**Verantwortliche Redakteure** im Sinne des Presserechts sind die als solche genannten Redakteure für ihren Bereich, im Übrigen die Chefredaktion. Sitz des Ressorts Politik ist Berlin, des Ressorts Finanzen Frankfurt am Main, im Übrigen Hamburg.

**Verlag:** Financial Times Deutschland GmbH & Co KG

**Geschäftsführer:** Christoph Rühl

**Ansprechpartner:** Mario Suchert (verantwortl.)

**Leiter Vertrieb und Marketing:** Thomas Frenzel

**Vertrieb:** DPV Deutscher Pressevertrieb, Leitung: Randi Greve, Düsterstr. 1-3, 20355 Hamburg

**Abbestellung:** FTD-Kundenservice, Postfach 80 80, 37568 Einbeck, Tel.: (+49) 1802/81 82 83\*, Mo. bis Fr. 7 bis 20 Uhr, Fax: (+49) 1802/81 82 84\*

\* € 0,06 pro Anruf bzw. Fax aus dem deutschen Festnetz; www.ftd.de/abo, E-Mail: abo@ftd.de

**Abopreise** Inland (inkl. MwSt.): € 37,50 pro Monat, € 429,00 pro Jahr, Studenten, Wehrpflichtige und Zivildienstleistende gegen Vorlage einer Bescheinigung; € 17,50 pro Monat, € 200,00 pro Jahr. Die FTD erscheint bündeltags montags bis freitags.

**Anzeigenabteilung:** Tel.: 040/319 90-278, Fax: -214

E-Mail: media@ftd.de

Anzeigen-/Druckunterlagen-Schluss ein Werktag vor Erscheinen, 9 Uhr

**Nachdruckrechte/Syndication:** Tel.: (+49) 40-319 90-202

**Verlag und Redaktion Hamburg** Stubbenhuk 3, 20459 Hamburg Tel.: 040/319 90-0, Fax: -310

**Redaktion Frankfurt** Nibelungenplatz 3, 60318 Frankfurt am Main Tel.: 069/15 30 97-0, Fax: -50

**Redaktion Berlin** Friedrichstraße 60, 10117 Berlin Tel.: 030/220 74-0, Fax: -150

**Leserservice:** 040/319-90-550, wochentl. 10-13/14-17 Uhr, leser-service@ftd.de

www.ftd.de ISSN 1615-4118

„Financial Times“, „Financial Times Deutschland“ and „FTD“ are registered trade marks of The Financial Times Limited and used under license. The Financial Times Limited is neither the publisher of nor responsible for the content of this publication.

**Druck:** Presse-Druck und Verlags-GmbH, 86167 Augsburg; Mannheimer Morgen Großdruckerei und Verlag GmbH, 68167 Mannheim; Druck und Verlagsgesellschaft GmbH & Co. KG, 58099 Hagen; BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH, 10365 Berlin

A B H M

# Wir müssen reden

Die Debatte um den Bundeswehreininsatz in Afghanistan droht im Populismus des kommenden Wahlkampfs zu versinken. Politiker und Medien sollten dies verhindern **VON THORSTEN BENNER UND LARS ZIMMERMANN**

Politik paradox: Regelmäßig erklären mehr als drei Viertel der Bundesbürger in Umfragen, dass sie den außenpolitischen Entscheidungen der Bundeskanzlerin vertrauen. Die Kanzlerin und der Außenminister rangieren ganz oben auf der Liste der beliebtesten Politiker. Doch gerade beim wichtigsten und riskantesten außenpolitischen Projekt verweigern die Deutschen ihrer Führung die Gefolgschaft: Die Mehrheit der Deutschen lehnt den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan ab.

Noch kategorischer ist das Nein, wenn es darum geht, ob das Engagement der Bundeswehr am Hindukusch verstärkt werden soll. Selbstkritische Befürworter des Einsatzes (wie der CSU-Abgeordnete Karl-Theodor zu Guttenberg) schlussfolgern treffend, dass die Kommunikationsstrategie gescheitert ist.

In der Tat: Nicht nur die Kommunikationsstrategie, sondern die gesamte deutsche Afghanistan-Debatte gibt ein schwaches Bild ab. Die Diskussion um die Verlängerung des Bundestagsmandats Anfang Oktober bietet die letzte Gelegenheit, dies zu ändern. Danach werden die Verdrücktheit und der Populismus des bevorstehenden Bundestagswahlkampfs 2009 jede ehrliche Debatte verhindern.

Die vereinfachenden Einlassungen im Gefolge der jüngsten Attentate auf Bundeswehrsoldaten und des Todes von Zivilisten an einem deutschen Kontrollpunkt geben bereits einen Vorgeschmack auf das, was uns im Wahljahr droht.

Was also tun? Nach kanadischem Vorbild eine unabhängige Afghanistan-Kommission von Ex-Politikern und Experten einzuberufen bietet keinen nachhaltigen Ausweg. Ein solches Gremium würde schnell zur „Hartz-Kommission für den Hindukusch“ abgestempelt. Stattdessen sollten die demokratisch legitimierten Gewalt ihrer Verantwortung nachkommen: Regierung und Parlament. Vonseiten aller Regierungsmitglieder ist stärkere Führung gefragt: mehr Besuche vor Ort und

Aufgabe zu. In Anhörungen können sie laut Grundgesetz jedes Mitglied der Regierung sowie Praktiker mit Einsatzerfahrung und Experten laden. Davon sollten die Ausschüsse in gemeinsamer Sitzung rege Gebrauch machen – und so die Debatte um die Zukunft des Einsatzes unterfüttern. Die Ausschüsse können all die Erfahrungen und Expertise heranziehen, die auch eine unabhängige Kommission bemühen würde – mit dem Unterschied, dass die Ergebnisse direkt in den vom Volk legitimierten Entscheidungsprozess einfließen. Die Parlamentarier sollten eine solche Anhörungsreihe vor die Entscheidung über die Zukunft des Afghanistan-Mandats stellen und dies regelmäßig bei zukünftigen Entscheidungen wiederholen.

Den Medien kommt bei alledem eine besondere Rolle zu. Eine fundierte Berichterstattung muss aus dem Ghetto der Elitenmedien ausbrechen. Bislang schafft es Afghanistan nur bei Toten und Totenköpfen in die Schlagzeilen der Massenmedien. So werden diese der Verantwortung der „vierten Gewalt“ nicht gerecht. Die Medien sollten von der Politik Antworten auf die zentralen Fragen einfordern: Was sind die Lehren aus dem bisherigen militärischen und zivilen Engagement? Welche Ziele möchten wir in Afghanistan und der Region in welchem Zeitrahmen erreichen? Was folgt daraus

für unseren militärischen, zivilen und diplomatischen Einsatz? Was wären die Folgen eines Abzugs?

Diese Fragen sollten im Zentrum der Anhörungen und Diskussionen im Parlament stehen. Aus den Antworten sollten sich konkrete Schritte für das kommende Jahr ableiten: Die Regierung muss Parlament und Öffentlichkeit Rechenschaft darüber ablegen, welche Ziele erreicht wurden und was dies für die weitere Strategie bedeutet.

Das Beispiel Afghanistan verdeutlicht: Deutschland braucht eine fundierte und ehrliche Debatte über die Auslandseinsätze der Bundeswehr und seine sich wandelnde sicherheits- und friedenspolitische Rolle. Eine solche Debatte muss langfristig ausgerichtet sein, notwendige Mittel und Risiken klar benennen und auf Abstimmung mit unseren Bündnispartnern setzen.

All dies lässt die bisherige Debatte vermissen. Wenn dies so bleibt, wird es im Wahljahr 2009 nur bergab gehen. Nur Zyniker können sich damit zufriedengeben. Egal ob Befürworter oder Gegner des Einsatzes – alle müssen mithelfen, die Afghanistan-Debatte auf ein solides Fundament zu stellen. Wir schulden es unseren Soldaten und zivilen Helfern, unseren Verbündeten, den Afghanen – und unserer Demokratie.

**THORSTEN BENNER** ist Vizedirektor des Global Public Policy Institute.

**LARS ZIMMERMANN** ist Geschäftsführer der Stiftung Neue Verantwortung.

Die Kommunikationsstrategie der Regierung zu Afghanistan ist gescheitert

# Deutschland träumt noch

Europa koppelt sich gerade eindrucksvoll von der US-Wirtschaft ab – nur leider in die falsche Richtung. Ein Desaster, das deutsche Notenbanker und Konjunkturpaket-Neurotiker in Erklärungsnot bringt



Amerika hat eine Krise, mit der Deutsche und Europäer dank Reformen und Radikalkuren nur sehr bedingt zu tun haben. So oder so ähnlich klingt, was Bundesbanker und Regierung derzeit vor sich her erzählen. Die deutsche Wirtschaft sei doch in besserer Verfassung als die amerikanische, meldet Finanzstaatssekretär Jörg Asmussen.

Komisches Verständnis von wirtschaftlicher Verfassung. Die Europäer scheinen sich in der Tat gerade von der US-Konjunktur abzukoppeln – nur leider in die falsche Richtung. Ein Desaster. Könnte sein, dass US-Politiker auf Ölpreisexplosion und Finanzdramen viel besser reagiert haben, als es die Ultraszene europäischer Notenbanker, Finanzminister und sonstiger Konjunkturpaket-Neurotiker vermittelt.

Amerika hält sich wacker

Nach offizieller Schätzung ist die US-Wirtschaft zuletzt um gut drei Prozent gewachsen – die Euro-Wirtschaft um zwei Prozent geschrumpft. Die US-Industrie bekam im Juni fünf Prozent mehr Aufträge als im Januar, die deutsche ein Zehntel weniger. Die Amerikaner konsumieren trotz Benzinpreisrekorden ein Prozent mehr als zu Beginn des Ölschocks, die Deutschen 1,3 Prozent weniger. Und US-Firmen verkaufen ein Fünftel mehr Waren im Ausland – die Deutschen nur fünf Prozent (siehe Grafiken).

Dahinter stecken mehr als nur Ausreißer. Nach Umfragen unter Einkaufsmanagern wächst die US-Wirtschaft zwar nicht mehr kräftig, sie steckt aber auch in keiner Abwärtsspirale. Der Index pendelt seit Monaten um die neutrale 50er-Marke. Anders als in der Euro-Zone, wo er um 5 auf 47 Punkte eingebrochen ist und fast alle Frühindikatoren im freien Fall sind.

Noch im Juni glaubten Experten der OECD, die US-Wirtschaft werde 2008 langsamer wachsen als die Europas. Nach der neuen Prognose wird es erstmals seit drei Jahren umgekehrt sein. Die Ökonomen der Deutschen Bank rechnen bereits mit Rezession – im Euro-Raum, nicht in den USA, der Mutter von Subprime und Blasen.

Wenn das stimmt, drängt sich die Frage auf: Warum? Am Ölpreis kann es nicht liegen. Der ist ja für die Europäer nicht stärker gestiegen als für die Amerikaner. Im Gegenteil: Die Euro-Aufwer-

tung trug lang dazu bei, dass die Verteuerung in Euro weniger schlimm ausfiel als in Dollar.

Ebenso abwegig wäre die Vermutung, die Finanzkrise schade Europa stärker. In den USA sind die Hausinvestitionen atemberaubend eingebrochen, in Europa höchstens in ein paar Ländern. In den USA sind einige Banken bereits pleite, nicht hier. In Europa werden immer noch ordentlich Kredite vergeben, eher als drüben. Auch das kann's nicht sein.

Zumindest gewagt wäre auch die frühere Standarderklärung, dass Amerika eben strukturell viel besser und flexibler ist – wo es im Boom gerade noch hieß, dass Deutschland jetzt viel besser dastehe, und selbst Ifo-Chef Hans-Werner Sinn diagnostiziert, dass dank Hartz, Simsalabim, die Sockelarbeitslosigkeit sinkt. Mal se-

hen, wann die Ersten wieder sagen, dass Deutschland eben zu wenig reformiert hat (Was macht eigentlich Sabine Christiansen?).

Plausibler ist etwas anderes. Die Amerikaner haben „das bessere makroökonomische Krisenmanagement“, sagt Thomas Mayer, Europa-Chefökonom der Deutschen Bank. Der US-Konsum ist nicht eingebrochen, weil die Regierung 90 Mrd. \$ Steuerschecks verschickt hat. Nach Schätzung der US-Ökonomen Christian Broda und Jonathan Parker haben die Schecks im zweiten Quartal ganz unmittelbar zu 2,4 Prozent mehr Ausgaben für langlebige Güter geführt – was das Konsumgefälle zum steuer-scheckfreien Deutschland gut erklärt.

Die US-Politiker haben zwei Prozent der Wirtschaftsleistung gegen den Absturz aufgebracht. Das hielten die Euro-Kollegen nicht für nötig (siehe Grafik). In den USA hat die Notenbank dafür gesorgt, dass die Zinsen am Geldmarkt heute fast drei Prozentpunkte niedriger liegen als bei Ausbruch der Krise. In der Euro-Zone ist Geldausleihe heute 0,8 Prozentpunkte teurer. Und während der Dollar zugunsten der US-Exporteure über Monate immer billiger wurde, setzten Europas erklärte Währungshüter auch hier nichts entgegen: Der Euro war im Juli weltweit 18 Prozent teurer als Anfang 2006. Ein gigantischer Wettbewerbsschock.

Höhere Zinsen in der Krise

Nehme man Geld- und Devisenmarktrends zusammen, haben sich die monetären Rahmenbedingungen der Euro-Zone so stark verschlechtert, dass dies einer Leitzinserhöhung um 1,5 Punkte gleichkomme, so Mayer. Mitten im Abschwung. Und ohne dass die Kerninflation nur einen Hauch angezogen hat. Absurd.

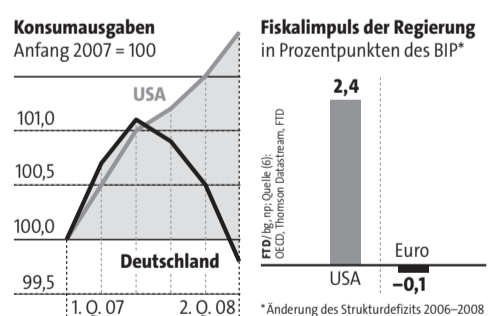
Man kann streiten, ob das, was Regierung und Notenbank in den USA tun, nicht zu viel des Guten ist. Immerhin werden die Amerikaner auf Dauer mehr sparen müssen. Es gehört aber nicht viel Fantasie dazu zu erkennen, warum die Europäer nun in eine Krise rauschen.

Amerika hat die Abwärtsspirale 2008 verhindert, in die die Euro-Zone jetzt zu fallen droht. Wer inmitten globaler Turbulenzen absurd steigende Zinsen hinnimmt, den Außenwert der Währung enorm steigen lässt und neurotische Kämpfe gegen Konjunkturpakete führt, die anderswo prima funktionieren – der darf sich nicht wundern, dass die Wirtschaft abstürzt.

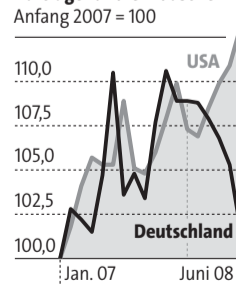
E-MAIL fricke.thomas@ftd.de

**THOMAS FRICKE** ist Chefökonom der FTD. Er schreibt freitags an dieser Stelle. Mehr unter: [WWW.FTD.DE/WIRTSCHAFTSWUNDER](http://www.ftd.de/wirtschaftswunder)

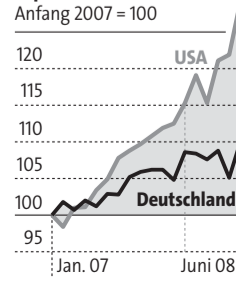
Das kommt – davon



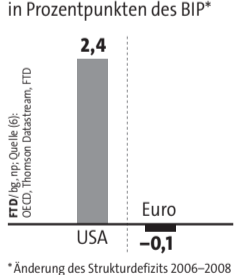
Aufträge für die Industrie



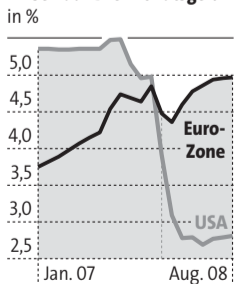
Exporte



Fiskalimpuls der Regierung



Zinsen auf Dreimonatsgeld



Außenwert der Währungen

